



BUNDESMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN

# **Bericht an den Nationalrat über die Anwendung der EG-Produktpiraterie- Verordnung 2004 und des Produktpirateriegesetzes 2004 im Jahr 2013**

# **Produktpiraterie- *bericht 2013***

# Zusammenfassung und einleitende Bemerkungen

Marken- und Produktpiraterie gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit in der EU, den Handel und die Investitionen in Forschung und Innovation. Die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften beruht zunehmend auf Kreativität und Innovation. In der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ist der Weg zur wirtschaftlichen Erholung und zu Wachstum in Europa beschrieben. Die Förderung von Wissen und Innovation ist eine der Prioritäten der Strategie.

Fälschungen betreffen heute eine größere Vielfalt von Massenkonsumentengütern, zB Sportkleidung, Schuhe, Kosmetik- und Hygieneprodukte, Medikamente, Uhren, Mobiltelefone samt Zubehör sowie diverse technische Ausrüstungen und Elektrogeräte. Die größte Produktgruppe bei den Fälschungen sind nach wie vor die Medikamentenplagiate. Nahezu 25 % aller vom österreichischen Zoll gefundenen Sendungen mit Fälschungen betrafen diese wohl gefährlichste Form der Produktpiraterie! Von diesen Waren geht eine Bedrohung für die Gesundheit, die Sicherheit und die Arbeitsplätze der Bürgerinnen und Bürger Österreichs und der EU aus.

Das Bundesministerium für Finanzen sieht eine seiner zentralen Aufgaben im Schutz vor diesen Gefahren. Ein starker Zoll schützt sowohl die Verbraucherinnen und die Verbraucher als auch die Wirtschaft. Die Zollbehörden und die Finanzverwaltung reagieren aber nicht nur auf diese neuen Bedrohungen, sondern sie agieren gerade hier sehr offensiv.

Aufgabe der Zollbehörden ist es, den gesamten Handel, der die Außengrenzen der EU überschreitet, zu überwachen. Sie sind das zentrale Vollzugsorgan, wenn es um die Vollziehung der geistigen Eigentumsrechte im Verkehr mit Drittländern geht und haben entsprechend den Vorgaben der EG-Produktpiraterie-Verordnung 2004 die Einfuhr von Produkten in die EU, bei denen ein Piraterieverdacht besteht, zu stoppen.

Im Kampf gegen die Produktpiraterie **setzt das** Bundesministerium für Finanzen aber nicht nur auf die Kontrolltätigkeiten der Zollbehörden. Die Information und Aufklärung der Öffentlichkeit bildet einen ganz wesentlichen Bestandteil der Strategie des Bundesministeriums für Finanzen im Kampf gegen die Produktpiraterie.

Da erfahrungsgemäß 30 bis 40 % aller Produktpiraterieaufgriffe von Oktober bis Dezember erfolgen, hat das Bundesministerium für Finanzen auch im Jahr 2013 in diesem Zeitraum einen besonderen Schwerpunkt bei der Pressearbeit gesetzt, um die Konsumentinnen und Konsumenten immer wieder über die Gefahren der Produktpiraterie sowie über sicheres Weihnachts-

shopping im Internet zu informieren. Zahlreiche Medienberichte waren die Folge.

Diese bereits seit mehreren Jahren regelmäßig durchgeföhrten Initiativen dürften zum Erfolg geführt haben. Nach den ersten drei Quartalen war bereits ein Rückgang bei den Produktpiraterieaufgriffen absehbar, der sich auch im vierten Quartal 2013 fortgesetzt hat. Dieser Rückgang betrifft auch 2013 wieder die gerade in der Vorweihnachtszeit boomenden Bereiche Bekleidung, Uhren, Schuhe, Mobiltelefone und Medikamente. Gleichzeitig sind die Anfragen zu Internetbestellungen in der Zollauskunftsstelle und die Zugriffe auf die diesbezüglichen Infoseiten auf der BMF-Homepage gestiegen. Die vermehrte Aufklärungs- und Informationsarbeit des Bundesministeriums für Finanzen dürfte wirken.

Im Jahr 2013 hat der Zoll 1.894 Produktpiraterieaufgriffe (Sendungen) verzeichnet. Der Wert der dabei beschlagnahmten 98.440 Produkte betrug mehr als 5,6 Millionen Euro (gemessen am Originalpreis). Obwohl sich die Anzahl der beschlagnahmten Waren gegenüber dem Jahr 2012 halbiert hat (2012 wurden insgesamt 182.046 Artikel aufgegriffen), ist deren Wert deutlich gestiegen (2012 betrug der Wert der Fälschungen etwas mehr als 4,2 Millionen Euro gemessen am Originalpreis). Das ist hauptsächlich auf Aufgriffe im Bereich hochpreisiger Kosmetika und Mobiltelefone zurückzuföhren.

Erfolgreich verlief auch die diesjährige international organisierte Aktionswoche im Kampf gegen den Verkauf illegaler Medikamente im Internet, an der sich der österreichische Zoll, die AGES-Medizinmarktaufsicht und das Bundeskriminalamt gemeinsam beteiligten. Insgesamt schlossen sich im Zeitraum vom 18. bis zum 25. Juni 2013 weltweit fast 100 Länder der Operation „Pangea VI“ an. Alle beteiligten Ressorts und Organisationen zeigten sich mit dem Ergebnis der Aktionswoche, vor allem aber mit der guten **Zusammenarbeit untereinander**, zufrieden. Allein vom Zollamt Wien wurden im **Aktionszeitraum** ungefähr 2.000 Briefe und Pakete kontrolliert. Dabei wurden 36 Sendungen mit 4.140 illegalen Medikamenten aufgegriffen. 21 dieser Sendungen enthielten 970 gefälschte Pillen, hauptsächlich Potenzmittel, die vor allem aus Indien stammen.

Im Wettbewerbsfähigkeitsrat wurde am 10. Dezember 2012 eine Entschließung verabschiedet, mit der die Mitgliedstaaten und die Kommission ersucht werden, den neuen Aktionsplan 2013 bis 2017 wirksam durchzuführen und dabei die zur Verfügung stehenden Instrumente wirksam zu nutzen.

### Zusammenfassung und einleitende Bemerkungen

Mit diesem Aktionsplan werden die folgenden strategischen Ziele verfolgt:

- Wirksame Durchführung und Überwachung der neuen Vorschriften der EU zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums durch die Zollbehörden.
- Bekämpfung des Handels mit Waren, mit denen Rechte des geistigen Eigentums verletzt werden, in Postsendungen und Paketen bei Käufen über das Internet und im Rahmen des Containerhandels.
- Bekämpfung des Handels mit Waren, mit denen Rechte des geistigen Eigentums verletzt werden, in der gesamten internationalen Lieferkette.
- Stärkung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums und den Strafverfolgungsbehörden.

Im Rahmen der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums wurde im Jahr 2013 die Studie „Beitrag der schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige zur Wirtschaftsleistung und zur Beschäftigung in Europa“ veröffentlicht, die folgende Erkenntnisse brachte:

- Etwa die Hälfte der Wirtschaftszweige der EU ist schutzrechtsintensiv.
- 35 % aller Arbeitsplätze in der EU (etwa 76 Millionen) entfallen unmittelbar oder mittelbar auf schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige.
- Diese Wirtschaftszweige erzeugten etwa 39 % der gesamten Wirtschaftstätigkeit (BIP) in der EU im Wert von 4,7 Billionen Euro.
- 90 % des Handels der EU mit der übrigen Welt entfallen auf schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige.

Eine zweite von der Beobachtungsstelle herausgegebene Studie zum Thema „Die Bürger Europas und das geistige Eigentum: Wahrnehmung, Bewusstsein und Verhalten“ brachte folgende Ergebnisse:

- 96 % der Europäerinnen und Europäer sind der Ansicht, dass geistiges Eigentum wichtig ist, weil es Innovationen und Kreativität fördert, indem es Erfinder, Schöpfer und Künstler für ihre Arbeit auszeichnet.
- 86 % der Bürgerinnen und Bürger Europas sind der Meinung, dass der Schutz geistigen Eigentums zur Verbesserung der Qualität von Produkten und Dienstleistungen beiträgt.
- 69 % der Befragten schätzen geistiges Eigentum, weil es ihres Erachtens zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu wirtschaftlichem Wohlstand beiträgt. Deshalb verurteilen sie Verletzungen der Rechte geistigen Eigentums.
- 34 % der Europäerinnen und Europäer halten den Kauf gefälschter Waren für gerechtfertigt, wenn sie dadurch Geld sparen können. 38 % sind der Mei-

nung, dass der Kauf von Fälschungen als Protesthandlung gegen eine marktgesteuerte Wirtschaft gerechtfertigt ist. 22 % der Konsumentinnen und Konsumenten halten das Herunterladen für zulässig, wenn es keine legale Alternative gibt, und 42 %, wenn es für den persönlichen Gebrauch gedacht ist. Höher ist dieser Anteil insbesondere in der Altersgruppe zwischen 15 und 24.

- Der Umfrage zufolge erklärt sich der Unterschied zwischen den beiden Ansichten daraus, dass viele der Befragten denken, geistiges Eigentum bringe ihnen persönlich keinen Nutzen oder das System des geistigen Eigentums erfülle ihre Erwartungen an Preis, Verfügbarkeit, Vielfalt und Qualität nicht.